

Sehr geehrter Herr Bundesminister für Arbeit,

mit großem Bedauern habe ich von der drohenden Einstellung der Finanzierung des Kooperationsprojekts „Muttersprachliche Beratung“ erfahren.

Das Aus für dieses wichtige Projekt würde bedeuten, dass zahlreiche KollegInnen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, ihren Arbeitgebern schutzlos ausgeliefert wären. Viele der Betroffenen arbeiten undokumentiert, werden gnadenlos ausgebeutet und haben keinen Zugang zu Sozialleistungen. Die „Muttersprachliche Beratung“ ist ihre Anlaufstelle und ihr Rettungsanker. Sie brauchen diese Unterstützung.

Es kann auch nicht im Sinne eines Arbeitsministers sein, dass Lohn- und Sozialdumping kein Riegel vorgeschoben wird und Firmen weiter ungehindert Beschäftigte ausbeuten können. Zudem entgehen durch diese Ausbeutung dem Staat – und somit uns allen – wichtige Einnahmen, die unser soziales Wohlfahrtssystem absichern.

Durch meine tägliche Arbeit als Betriebsrat weiß ich, wie wichtig es ist, Beschäftigte zu unterstützen und ihnen zur Seite zu stehen. Von zufriedenen ArbeitnehmerInnen profitieren alle.

Ich appelliere an Sie, Ihre Entscheidung zum ÖGB-Projekt „Muttersprachliche Beratung“ noch einmal zu überdenken und grünes Licht für die Finanzierung der kommenden 24 Monate zu geben.

Sollten Sie das Projekt nicht weiter unterstützen wollen, bitte ich Sie, mir Ihre Gründe darzulegen und mir diese Begründung zukommen zu lassen.

Hochachtungsvoll,